

Eignungsliste

<p>Vergabeverfahren „Softwarepflege Java-Anwendungen und SW-Infrastrukturservices“ ZDF-127-OV-25-008</p> <p>Zweites Deutsches Fernsehen Anstalt des öffentlichen Rechts ZDF-Straße 1 55127 Mainz</p>

Hauptkriterien

*: Alle Nachweise und Erklärungen müssen von jedem Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und von jedem Unterauftragnehmer vorgelegt werden.

Alle Nachweise sind in Deutsch (ggf. beglaubigte Übersetzung) vorzulegen.

Monetäre Größen sind ggf. umzurechnen und in der Währung Euro (€) anzugeben.

Die Angabe von Internet-Links oder der Verweis auf allgemein zugängliche Webseiten wird nicht als Nachweis anerkannt.

Bewertung der Hauptkriterien: A-Kriterien sind Ausschlusskriterien, sie müssen erfüllt werden. Wird eines der geforderten Eignungskriterien zur persönlichen Lage bzw. wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des Wirtschaftsteilnehmers nicht erfüllt bzw. nachgewiesen, führt dies zum Ausschluss aus dem Verfahren.

Teilnahmebedingungen		erfüllt ?
Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers		
A1	Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen und Maßnahmen zur Selbstreinigung gemäß § 42 Abs. 1 VgV i.V.m. §§ 123 – 125 GWB <i>Formular "Erklärung_Nichtvorliegen_Ausschlussgruende"</i>	
A2	Fremdnachweis über die Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister (z.B. Handelsregisterauszug) oder sonstige Bescheinigung oder Erklärung i.S. von Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU, wenn dies nach den Rechtsvorschriften des jeweiligen Niederlassungs- bzw. Herkunftsstaates Voraussetzung für die erlaubte Berufsausübung ist. Der Nachweis darf nicht älter als 6 Monate vor Veröffentlichung der EU-Bekanntmachung/Aufforderung zur Angebotsabgabe sein.	
A3	Kurze, aussagekräftige Darstellung des Bewerbers nach den Gesichtspunkten Name, Hauptsitz und Niederlassungen, Unternehmenshistorie, organisatorischer Aufbau und Anzahl der Mitarbeiter und ihre Aufteilung in Geschäftsbereiche.	
A4	Eigenerklärung, dass kein Verstoß gegen das 5. EU-Sanktionspakets - Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 (https://eur-lex.europa.eu/...) des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren – vorliegt und nicht mehr als 10% des Auftragswertes auf betroffene Unternehmen entfallen. <i>Formular "Anlage 2 Eigenerklärung Bezug Russland-0422"</i>	

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit		erfüllt ?
A5	Bonitätsbescheinigung* einer Hausbank (nicht älter als 6 Monate)	
A6	Angabe, welche Teile des Auftrags als Unterauftrag vergeben werden sollen; beim Einsatz von Unterauftragnehmern sind Verpflichtungserklärungen von allen Unterauftragnehmern sowie die entsprechenden Eignungsnachweise und Eignungserklärungen bezogen auf ihren jeweiligen Leistungsanteil dem Angebot beizufügen. <i>Formular 235 - "Verzeichnis_der_LeistungenKapazitaeten_anderer_Unternehmen-1217"</i> <i>Formular 236 - "Verpflichtungserklaerung_anderer_Unternehmen-1217"</i>	
A7	Erklärung von Bewerbergemeinschaften über die Aufteilung der Leistungen auf die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft <i>Formular 234 - "Erklaerung_Bieter_Arbeitsgemeinschaft-1217"</i>	
A8	Eigenerklärung über den jährlichen Gesamtumsatz in den letzten 2 abgeschlossenen Geschäftsjahren. Hinweis: Bei Bietergemeinschaften und beim Einsatz von Unterauftragnehmern sind die Werte getrennt anzugeben; werden für die Wertung addiert.	
A9	Eigenerklärung über die Anzahl der beschäftigten Mitarbeiter pro Jahr in den letzten 2 Jahren	
A10	Eigenerklärung des Bewerbers/des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft, dass er dem Auftraggeber unaufgefordert innerhalb einer Frist von 7 Werktagen, nachdem der Zuschlag an ihn erteilt wurde, schriftlich den Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung eines in der Europäischen Union zugelassenen Versicherers vorlegen wird. Versicherungsschutz: 1. in Höhe von mindestens 5 Mio. EUR pro Schadensfall für schuldhaft verursachte Personen- und Sachschäden besteht oder bis zum Projektstart abgeschlossen wird (keine Haftungsbeschränkung siehe Vergabe- und Vertragsunterlagen). 2. in Höhe von mindestens 1 Mio. EUR pro Schadensfall für schuldhaft verursachte Vermögensschäden besteht oder bis zum Projektstart abgeschlossen wird (keine Haftungsbeschränkung siehe Vergabe- und Vertragsunterlagen). 3. dass die Dauer des Versicherungsschutzes für die Vertragslaufzeit aufrecht erhalten wird. 4. dass die sonstigen Bedingungen des Versicherungsschutzes den allgemeinen Bedingungen innerhalb des Großkunden- und Konzerngeschäfts der in der Europäischen Union zugelassenen Versicherer entsprechen.	
A11	Unterzeichnung der vom Bieter mittels der Ausfüllhilfe vervollständigten, im Rahmen des Verfahrens veröffentlichten ZDF-AV gem. Artikel 28 DS-GVO	

Spezifische Eignungskriterien

Der Anbieter erbringt die Leistung durch Personal, das entsprechend der nachstehend genannten Eignungskriterien und den vertraglichen Vereinbarungen für die Erbringung der vereinbarten Leistung qualifiziert ist; vgl. ZDF-Leistungsbeschreibung Kap. 5.

Das ZDF behält sich vor, Nachweise und Referenzen beim jeweiligen Auftraggeber zu überprüfen.

Jedes Eignungskriterium (pro Zeile) ist durch Referenzen (nicht älter als 8 Jahre) des Anbieters nachzuweisen. Praktische Berufserfahrung ist mittels Beschreibung der jeweiligen Tätigkeit bzw. der Projektrealisierung zu belegen. Es ist anzugeben, mit welcher Referenz welche Eignung belegt werden soll. Dabei ist sicherzustellen, dass jede Eignung belegt ist. Eine Beschreibung kann mehrere nachzuweisende Eignungen umfassen, die mit Nennung der jeweiligen Kriteriums-Nr. zu referenzieren sind. Maximaler Umfang der Beschreibung pro nachzuweisender Eignung (pro Zeile): 0,5 Seiten DIN A4, Schriftart Arial, Schriftgröße 10, Blocksatz, Zeilenabstand 1,5.

Alle Nachweise sind in Deutsch vorzulegen.

Für Projektreferenzen (Eigenerklärungen oder Fremdnachweise) sind folgende Informationen zu erbringen:

- **Inhalt des Projekts** (Kurzbeschreibung und Anwendungsmetriken, z.B. Umfang der Anwendung, Größe von Datenbanken)
- **Beschreibung der durch den Bieter erbrachten Leistung** mit Angaben zu Projektgröße (z.B. Personentage insgesamt und Personentage der eigenen Firma), Laufzeit, Anzahl der Projektmitglieder und eingenommener Rolle im jeweiligen Projekt
- **Zeitraum und Ort** der Leistungserbringung
- **Name, Branche und Postanschrift** des Kunden/Auftraggebers
- fachkundiger **Ansprechpartner** des Referenzunternehmens mit Kontaktdaten (Mindestangaben: Name der Firma, Name des Ansprechpartners sowie Firmen-Telefonnummer und E-Mail-Adresse des Ansprechpartners).

Wird eines der geforderten spezifischen Eignungskriterien nicht erfüllt bzw. nachgewiesen, führt dies zum Ausschluss aus dem Verfahren.

	1. Übergreifende Eignung des Anbieters	nicht erfüllt	erfüllt
1.1	Eigenerklärung, dass der Bieter mindestens einen Mitarbeiter mit den definierten fachlichen Skills anforderungsgerecht für die Dauer des Vertrages (Basis-Vertragslaufzeit) und die optionalen Verlängerungen zur Verfügung stellen kann.		
	2. Fachliche und technische Eignungen des Anbieters		
	2.1 Allgemein	nicht erfüllt	erfüllt
	Der Anbieter muss mit mindestens jeweils zwei Projektreferenzen/ Realisierungen (Eigenerklärungen oder Fremdnachweise) nachweisen, dass das für den Einsatz im ZDF vorgesehene Personal über eine langjährige (> 5 Jahre) praktische Berufserfahrung in den Bereichen Softwareentwicklung und -pflege (Programmierung von Fachbereichsanwendungen und Services) sowie im IT-Projektmanagement verfügt.		
2.1.1	Erfahrung in der Projektkoordination/-leitung von Softwareentwicklungsprojekten im Java-Umfeld		
2.1.2	Erfahrung in der Konzeption und Programmierung von Anwendungen und Services (> 10 Nutzer)		
2.1.3	Erfahrung in der Pflege von IT-Systemen in Organisationen vergleichbarer Größenordnung (> 1.000 Mitarbeiter)		
2.1.4	Erfahrung in der Analyse von fachlichen Geschäftsprozessen und Beratung der Fachbereiche im Hinblick auf eine IT-Unterstützung		

2.1.5	Erfahrung in der Anforderungsanalyse und Übertragung von fachlichen und regulatorischen Anforderungen in technische Spezifikationen		
2.1.6	Erfahrung in Qualitätssicherung und Testing mit Planung, Durchführung und Begleitung von Systemtests in einer heterogenen und komplexen Systemumgebung		
2.1.7	Erfahrung in der Ausführung beratender Tätigkeiten für die Anwendungsentwicklung		

2. Fachliche und technische Eignungen des Anbieters ff.			
2.2 Spezifisch		nicht erfüllt	erfüllt
	Der Anbieter muss mit mindestens zwei Projektreferenzen/ Realisierungen (Eigenerklärungen oder Fremdnachweise) nachweisen, dass das für den Einsatz im ZDF vorgesehene Personal für jede der unter 2.2 genannten Technologien über die geforderte praktische Berufserfahrung und Kenntnisse mit Verwendung der genannten Produkte verfügt. Es wird Erfahrung mindestens in den jeweils angegebenen Versionen erwartet.		
2.2.1	Erfahrung in der Migration mindestens einer Java-Anwendung mit Oracle-Datenbank von einem On-Prem-Betrieb in die Google Cloud Platform (GCP)		
2.2.2	Mind. 5-jährige Erfahrung in der Konzeption und Entwicklung von Java-Anwendungen (Web-Anwendungen und Rich Clients) mit Einsatz von Oracle-Datenbanken v12 und v19c		
2.2.3	Mind. 5-jährige Erfahrung in der Entwicklung von J2EE-Anwendungen und Services mit Java 7 und 8+ mit Implementierung im Oracle GlassFish Enterprise Applicationserver v4+		
2.2.4	Mind. 5-jährige Erfahrung in der Migration von Java-Applicationserver-Infrastrukturen (HW und SW) auf höhere Produktversionen		
2.2.5	Mind. 5-jährige Erfahrung in der Oracle-DB-Entwicklung (Erzeugen performanter bzw. performanceoptimierter Datenbankmodelle und Abfragen)		
2.2.6	Mind. 5-jährige Erfahrung in der Oracle-DB-Entwicklung mit den Standard-Produkten SQL Navigator oder SQL Developer		
2.2.7	Erfahrung in der Java-Entwicklung mit Einsatz des Log4J 2-Frameworks und Anbindung an eine Oracle-Datenbank		
2.2.8	Erfahrung in der Entwicklung von Anwendungen und Services mit Implementierung in einem komplexen Oracle WebLogic-Applicationserver-Umfeld mit Cluster		
2.2.9	Mehrjährige Erfahrung in der Konzeption und Realisierung von Failover, Loadbalancing und Clustering für die J2EE-Infrastruktur		
2.2.10	Mehrjährige Erfahrung im Logging und Monitoring von verteilten Services und komplexen IT-Entwicklungsprojekten in einer heterogenen HW- und SW-Infrastruktur im Java- und Windows-Umfeld		
2.2.11	Mehrjährige Erfahrung in der Entwicklung von zentralen Security-Diensten auf der Basis von J2EE und Java Security		
2.2.12	Erfahrung in der Realisierung von zentralen Services zur Authentifizierung und Autorisierung mit LDAP und Anbindung an das Framework Java		
2.2.13	Erfahrung in der Abbildung von Berechtigungskonzepten auf Rollenbasis in LDAP		
2.2.14	Erfahrung bzgl. Kerberos-Authentifizierung im Java-Umfeld		
2.2.15	Erfahrung in der Implementierung von Single-Sign-On (SSO) in Java-Anwendungen		

2. Fachliche und technische Eignungen des Anbieters ff.			
2.2 Spezifisch ff.		nicht erfüllt	erfüllt
2.2.16	Mehrjährige Erfahrung im Deployment von Java-Anwendungen (bitte verwendete Methoden benennen)		
2.2.17	Erfahrung in der Schnittstellenprogrammierung im Umfeld von Workplace-Managementssystemen (Kaufsoftware; bitte Hersteller und Produkt nennen)		
2.2.18	Erfahrung in der Entwicklung von Anwendungen mit Java 8, Hibernate v5 und dem Framework Vaadin in der Version 8		
2.2.19	Mind. 5-jährige Erfahrung in der Entwicklung von Java-Anwendungen mit Verwendung der IDE NetBeans oder IntelliJ		
2.2.20	Mind. 5-jährige Erfahrung im Einsatz der Versionierungstools SVN oder Git		
2.2.21	Erfahrung im Einsatz von Perl- und KornShell-Skripten im Umfeld von Java-Anwendungen		
2.2.22	Erfahrung in der Verwendung eines EAM-Tools zur zentralen Dokumentation von Anwendungen und Services (bitte Hersteller und Produkt nennen)		
2.2.23	Praktische Erfahrung in der Administration und Beratung bzgl. des Einsatzes von Code-Signing- und SSL-Kaufzertifikaten für Java-Anwendungen		
2.2.24	Praktische Erfahrung in der Entwicklung von Anwendungen/Services im Umfeld der maxenso-Produktsuite der Fa. Deloitte innoWake		
Zertifikate			
Sehr gute Kenntnisse der im ZDF eingesetzten Produktsuite der Fa. Deloitte innoWake sind mittels Zertifikat oder gleichwertigem Nachweis mit Ort und Datum der Durchführung, Agenda (Schulungsinhalte) und Angaben zum Veranstalter (Name, Adresse) zu belegen.			
3. Übergreifende Eignung des Anbieters		nicht erfüllt	erfüllt
3.1	Teilnahme an einer mehrtägigen Administratorenschulung für die Deloitte innoWake-Produktsuite		

Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen und Maßnahmen zur Selbstreinigung gemäß § 42 Abs. 1 VgV i.V.m.

§§ 123 – 125 GWB

(von jedem Bewerber/Bieter auszufüllen)

- I. Ich erkläre/wir erklären, dass ich/wir keine der zwingenden Ausschlussgründe nach § 123 GWB erfüllen:

Ja

Nein

Falls nein: Nachweis der Selbstreinigung nach §125 GWB (s. Punkt III) erforderlich

§ 123 GWB – Zwingende Ausschlussgründe

- (1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
1. § 129 des Strafgesetzbuchs (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des StGB (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 2. § 89c des StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des StGB zu begehen,
 3. § 261 des StGB (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 4. § 263 des StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 5. § 264 des StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 6. § 299 des StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 7. § 108e des StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 8. den §§ 333 und 334 des StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 10. den §§ 232 und 233 des StGB (Menschenhandel) oder § 233a des StGB (Förderung des Menschenhandels).
- (2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.
- (3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.
- (4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn

1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können.

Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

- (5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

II. Ich erkläre/wir erklären, dass ich/wir keine der fakultativen Ausschlussgründe nach § 124 GWB erfüllen:

Ja

Nein

Falls nein: Nachweis der Selbstreinigung nach §125 GWB (s. Punkt III) erforderlich

§ 124 GWB – Fakultative Ausschlussgründe

- (1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn
1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
 3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
 4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
 6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
 7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
 8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
 9. das Unternehmen

- a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.
- (2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes und § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2959) bleiben unberührt.

III. Ich /wir führen folgende Nachweise der Selbstreinigung gemäß § 125 GWB an:

Tatbestand nach GWB	Nachweis der Selbstreinigung nach §125 GWB (Erläuterungen ggf. auf separater Anlage)

§ 125 – Selbstreinigung

- (1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen, bei dem ein Ausschlussgrund nach § 123 oder § 124 vorliegt, nicht von der Teilnahme an dem Vergabeverfahren aus, wenn das Unternehmen nachgewiesen hat, dass es
1. für jeden durch eine Straftat oder ein Fehlverhalten verursachten Schaden einen Ausgleich gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat,
 2. die Tatsachen und Umstände, die mit der Straftat oder dem Fehlverhalten und dem dadurch verursachten Schaden in Zusammenhang stehen, durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden und dem öffentlichen Auftraggeber umfassend geklärt hat, und
 3. konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder weiteres Fehlverhalten zu vermeiden.
- § 123 Absatz 4 Satz 2 bleibt unberührt.
- (2) Öffentliche Auftraggeber bewerten die von dem Unternehmen ergriffenen Selbstreinigungsmaßnahmen und berücksichtigen dabei die Schwere und die besonderen Umstände der Straftat oder des Fehlverhaltens. Erachten die öffentlichen Auftraggeber die Selbstreinigungsmaßnahmen des Unternehmens als unzureichend, so begründen sie diese Entscheidung gegenüber dem Unternehmen.

Ort, Datum

Name /Stempel, eigenhändige Unterschrift

„Eigenerklärung zum Mindestlohn“

Vergabeverfahren: ZDF-127-OV-25-008

Name/Firma Bieter: _____

Hiermit erkläre ich, dass ich die Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns erfülle und die Voraussetzungen von § 19 Mindestlohngesetz nicht vorliegen, d.h. meinerseits kein Verstoß gegen § 21 Mindestlohngesetz vorliegt und gegen mich keine rechtskräftige Bußgeldentscheidung mit einer Geldbuße von wenigsten zweitausendfünfhundert Euro wegen einer der folgenden Ordnungswidrigkeiten vorliegt:

1. entgegen § 15 Satz 1 MiLoG in Verbindung mit § 5 Absatz 1 Satz 1 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes eine Prüfung nicht geduldet oder bei einer Prüfung nicht mitgewirkt,
2. entgegen § 15 Satz 1 MiLoG in Verbindung mit § 5 Absatz 1 Satz 2 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes das Betreten eines Grundstücks oder Geschäftsraums nicht geduldet,
3. entgegen § 15 Satz 1 MiLoG in Verbindung mit § 5 Absatz 3 Satz 1 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes Daten nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig übermittelt,
4. entgegen § 16 Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 3 Satz 1 MiLoG eine Anmeldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig vorgelegt oder nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig zugeleitet,
5. entgegen § 16 Absatz 1 Satz 3 MiLoG, auch in Verbindung mit Absatz 3 Satz 2, eine Änderungsmeldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig gemacht,
6. entgegen § 16 Absatz 2 oder 4 MiLoG eine Versicherung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig beigefügt,
7. entgegen § 17 Absatz 1 Satz 1 MiLoG, auch in Verbindung mit Satz 2, eine Aufzeichnung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstellt oder nicht oder nicht mindestens zwei Jahre aufbewahrt,
8. entgegen § 17 Absatz 2 MiLoG eine Unterlage nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise bereitgehalten oder
9. entgegen § 20 MiLoG das dort genannte Arbeitsentgelt nicht oder nicht rechtzeitig gezahlt.
10. Werk- oder Dienstleistungen in erheblichem Umfang ausführen lassen, indem er als Unternehmer einen anderen Unternehmer beauftragt, von dem er weiß oder fahrlässig nicht weiß, dass dieser bei der Erfüllung dieses Auftrags entgegen § 20 MiLoG das dort genannte Arbeitsentgelt nicht oder nicht rechtzeitig zahlt oder einen Nachunternehmer einsetzt oder zulässt, dass ein Nachunternehmer tätig wird, der entgegen § 20 MiLoG das dort genannte Arbeitsentgelt nicht oder nicht rechtzeitig zahlt.

Ich garantiere dem ZDF die Einhaltung der Vorgaben des Mindestlohngesetzes, d.h. die stetige und fristgerechte Zahlung des Mindestlohns im Verhältnis zu meinen Arbeitnehmern sowie die Einhaltung der im Mindestlohngesetz statuierten Pflichten des Arbeitgebers. Das ZDF ist bei Zuwiderhandlungen berechtigt, von diesem Vertrag zurückzutreten bzw. zu kündigen. Wird das ZDF gemäß § 13 MiLoG auf Zahlung des Mindestlohns in Anspruch genommen, stelle ich das ZDF bezüglich des hieraus resultierenden Schadens frei. Ich stehe im Falle eines Einsatzes von Nachunternehmern dafür ein, dass diese sich ebenfalls vertraglich zur Zahlung des Mindestlohns verpflichten und ihrerseits bei Einsatz weiterer Nachunternehmer die Verpflichtung ebenfalls vertraglich aufnehmen. Ich bin verpflichtet, die Nachweise über die Zahlung des Mindestlohns (Dokumente nach § 17 MiLoG) auf Verlangen des ZDF vorzulegen. Auch für diesen Fall gilt die o.g. Freistellung.

Mir ist bekannt, dass sich das ZDF vorbehält, zur weiteren Prüfung konkrete Nachweise zu fordern, und die Erteilung des Auftrags von der Vorlage dieser Nachweise abhängig machen

kann. Darüber hinaus verpflichte ich mich, Änderungen an den vorgenannten Erklärungen unverzüglich mitzuteilen.

Ort, Datum

Firma (*)

Unterzeichner (*)

(*) Textform, d.h. lesbare Erklärung, in der die Firma und die für die Firma handelnde Person genannt werden.

Erklärung nach § 4 Abs. 2 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. November 2019 (GVBl. S. 334)

Vergabeverfahren: ZDF-127-OV-25-008

Name/Firma Bieter: _____

Der Bieter/Bewerber hat alle Bestimmungen des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG) in seiner jeweils geltenden Fassung zur Kenntnis genommen.

Der Bieter/Bewerber **erklärt** hierzu Folgendes:

Ich/Wir **verpflichte/n** mich/uns,

- meinen/unseren Beschäftigten, die nicht dem AEntG unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG mindestens den jeweils geltenden Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung zu zahlen. Dies gilt nicht für eine Leistungserbringung durch Auszubildende und nicht, wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen;
- Nachunternehmen sorgfältig auszuwählen und insbesondere deren Angebote daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis des zu zahlenden Mindestentgelts kalkuliert sein können;
- im Falle der Auftragsausführung durch Nachunternehmer, deren Nachunternehmen, Beschäftigte eines Verleihers sowie Beschäftigte des Verleihers des beauftragten Nachunternehmens die Verpflichtungen nach § 4 LTTG sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber Mindestentgelt- und Tariftreuerklärungen sämtlicher Nachunternehmer und Verleiher vorzulegen. Dies gilt nicht, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind;
- vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten, diese dem Auftraggeber auf dessen Verlangen hin vorzulegen und die Beschäftigten auf die Möglichkeit von Kontrollen durch den Auftraggeber hinzuweisen.

Ich/Wir **bin/sind mir/uns** bewusst,

- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß- entsprechend der beigefügten Besonderen Vertragsbedingungen für zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Landestariftreuegesetz Rheinland-Pfalz (LTTG) in der jeweils geltenden Fassung - vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung

- den Ausschluss meines/unsere Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge haben kann,
- mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
- der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

Ort, Datum

Firma (*)

Unterzeichner (*)

(*) Textform, d.h. lesbare Erklärung, in der die Firma und die für die Firma handelnde Person genannt werden.

Erklärung für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) in der jeweils geltenden Fassung erfasst werden, nach § 4 Abs. 1 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. November 2019 (GVBl. 334)

Vergabeverfahren: ZDF-127-OV-25-008

Name/Firma Bieter: _____

Der Bieter/Bewerber hat alle Bestimmungen des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG) in seiner jeweils geltenden Fassung zur Kenntnis genommen.

Der Bieter/Bewerber **erklärt** hierzu Folgendes – soweit seine Beschäftigten vollständig/teilweise vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) umfasst werden:

Die Beschäftigten meines/unseres Unternehmens werden vollständig/teilweise vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) erfasst.

Ich/Wir **verpflichtet/n** mich/uns,

- meinen/unseren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das in Höhe und Modalitäten mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entspricht, an den ich/wir/mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist – Tariftreueerklärung gemäß § 4 Abs. 1 LTTG –;
- meinen/unseren Beschäftigten, die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz keine Anwendung findet (vgl. z. B. § 2 Abs. 4 Zehnte Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen im Baugewerbe), bei der Ausführung der Leistung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG mindestens den jeweils geltenden Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung zu zahlen – Mindestentgelterklärung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG –.

Dies gilt nicht für eine Leistungserbringung durch Auszubildende und nicht, wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen;

- Nachunternehmen sorgfältig auszuwählen und insbesondere deren Angebote daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis des zu zahlenden Mindestentgelts kalkuliert sein können;

- im Falle der Auftragsausführung durch Nachunternehmer, deren Nachunternehmen, Beschäftigte eines Verleihers sowie Beschäftigte des Verleihers des beauftragten Nachunternehmens die Verpflichtungen nach § 4 LTTG sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber Mindestentgelt- und Tariftreuerklärungen sämtlicher Nachunternehmer und Verleiher vorzulegen. Dies gilt nicht, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind;
- vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereit-zuhalten, diese dem Auftraggeber auf dessen Verlangen hin vorzulegen und die Beschäftigten auf die Möglichkeit von Kontrollen durch den Auftraggeber hinzuweisen.

Ich/Wir **bin/sind mir/uns** bewusst,

- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß- entsprechend der beigefügten Besonderen Vertragsbedingungen für zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Landestariftreuegesetz Rheinland-Pfalz (LTTG) in der jeweils geltenden Fassung - vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge haben kann,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

Ort, Datum

Firma (*)

Unterzeichner (*)

(*) Textform, d.h. lesbare Erklärung, in der die Firma und die für die Firma handelnde Person genannt werden.